

Beschlüsse des Studierendenparlaments der Universität Potsdam vom 15.05.2007

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam spricht sich für den Erhalt des Studienganges Lehramt Kunst aus.

Das Studierendenparlament fordert den Senat auf, der Empfehlung des Fakultätsrates der Humanwissenschaftlichen Fakultät nicht zu folgen.

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam fordert das Präsidium auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbildung von KunstlehrerInnen auch künftig an der Universität Potsdam zu sichern.

Das StuPa-Präsidium wird beauftragt, in den regelmäßig erscheinenden, listen- und/oder parteiunabhängigen studentischen Publikationen der UP ganzseitige Anzeigen zur Bewerbung der Gremienwahlen und der Urabstimmung zu schalten.

Der StWA (Studentische Wahlausschuss) wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den sich bewerbenden Listen eine Broschüre zu erarbeiten und zu veröffentlichen, in welcher sich die verschiedenen Listen und ihre KandidatInnen vorstellen können, die eine kurze Einführung in die studentische Selbstverwaltung gibt und die jeweils bildlich den Frauenanteil der Listen darstellt (vgl. Wahl-Broschüre 04/05).

Der AStA wird außerdem beauftragt, den StWA bei der Erstellung und Verteilung des Informationsmaterial und Werbematerials zur Wahl zu unterstützen und die notwendigen finanziellen Mittel aus dem Haushaltstitel „Veröffentlichungen“ bereit zu stellen.

Der StWA wird aufgefordert, eine umfangreiche Beschilderung zu den Wahllokalen an allen Standorten zu gewährleisten. Die Studierendenschaft verteilt außerdem in den Wahllokalen kostenfrei Wasser.

Antje Verter und Mathias Lichtenheldt werden in den Studentischen Wahlausschuss gewählt.

Kristin Walter wird in das StuPa-Präsidium gewählt.

Im Verständnis, dass die Vertretung studentischer Interessen nicht Hochschul-interne Angelegenheit, sondern deren Erfolg auch an Hochschul-übergreifendes Engagement gebunden ist, solidarisiert sich das Studierendenparlament der Universität Potsdam mit den von der RCDS-Politik betroffenen Studierenden an der TU Berlin.

Der RCDS hat mit seiner Mehrheit im AStA der TU Berlin die Senkung des Beitrags für die studentische Selbstverwaltung um mehr als 40% durchgesetzt. Die AStA-eigene Druckerei wurde geschlossen. Die Bafög- und Sozialberatungen des AStA der TU Berlin sollen eingestellt werden. Minderheitenrechten wurden vom RCDS übergeben, indem satzungswidrig die gewählten VertreterInnen marginalisierter Gruppen durch RCDS-KandidatInnen ersetzt werden sollten.

Wir fordern daher - insbesondere vom RCDS und koalitierten Listen an der TU Berlin -, Strukturen der studentischen Selbstverwaltung, solidarfinanzierten Angebote und Beratungsangebote zu erhalten, weiter zu fördern und auszubauen.

Der Service der Sozial- und Bafög-Beratung ist für viele Studierende von existenzieller Bedeutung und muss weiterhin bestehen. Überdies fordern wir die Fraktion des RCDS auf, sich an die Satzung des Studierendenparlaments zu halten und Minderheitenrechte zu achten, insbesondere ist die KandidatInnenaufstellung für die autonomen Referate satzungsgemäß den jeweiligen Vollversammlungen zu überlassen. Wir fordern außerdem, die AStA-eigene Druckerei an der TU wieder zu eröffnen. Die Rechte der Angestellten des AStA der TU Berlin müssen respektieren und die Schikanen unterlassen werden.

Der RCDS und koalierte Listen seien an ihr Mandat zur Vertretung der Studierendenschaft erinnert, was bedeutet sich für eine Verbesserung der Bedingungen aller Studierender einzusetzen!

Im Sinne der Umweltvorgaben der Europäischen Union bei den Abgasnormen sowie der aktuellen Bemühungen des Bundesumweltministers Gabriel gegenüber der deutschen Automobilindustrie, außerdem in Hinblick auf die universitäre Finanzlage, schlägt das StuPa der Uni-Präsidentin Frau Kunst vor, den universitären Personenfahrdienst stärker einzuschränken und als Uni-Limousine ein ökologisch sinnvollerer und den hiesigen Verhältnissen angemessenerer Dreiliterauto zu wählen.

Diese Umstellung hätte auch Signalwirkung, weil damit endlich das Präsidium im Rahmen seiner Möglichkeiten einen größeren Beitrag an den vielfältigen sinnvollen (Energie-) Einsparungen an der Universität erbringt.

Der AStA wird beauftragt, dem Präsidium der Universität Potsdam diesen Beschluss mitzuteilen.
